

Niclas Herbst diskutiert die geplante EU-Arzneimittelgesetzgebung mit betroffenen Unternehmen bei Pohl-Boskamp



Sprachen darüber, wie die Versorgung mit Arzneimitteln verlässlicher werden könnte (v. l.): Henning Ueck, Niclas Herbst, Marianne Boskamp, Heiner Will, Julia Rumsch und Henrik Hesse. © Pohl-Boskamp

Hohenlockstedt (anz) – Der EU-Abgeordnete Niclas Herbst besuchte das Pharmaunternehmen Pohl-Boskamp in Hohenlockstedt zu einem Austausch mit mittelständischen Herstellern von Arzneimitteln und Medizinprodukten. Im Mittelpunkt der Gespräche stand der Entwurf der geplanten EU-Arzneimittelgesetzgebung, an denen nicht nur Marianne Boskamp, Dr. Henning Ueck und Henrik Hesse, Geschäftsführer der G. Pohl-Boskamp GmbH & Co. KG, sondern auch Heiner Will, Geschäftsführer medac GmbH und Landesverband Nord Vorstandsvorsitzender sowie Julia Rumsch, Leiterin des Europabüros des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e.V. in Brüssel, teilnahmen.

Das mittelständische Familienunternehmen Pohl-Boskamp begrüßte den EU-Abgeordneten der CDU, Niclas Herbst, an seinem Verwaltungs- und Produktionsstandort in Hohenlockstedt zu einem konstruktiven Austausch anlässlich der Überarbeitung der EU-Arzneimittelgesetzgebung im Lichte der Diskussionen zur Entbürokratisierung.

Nach einem Rundgang durch den Herstellungsbereich fand ein reger Austausch gemeinsam mit Heiner Will sowie Julia Rumsch zu der Frage statt, wie wir wieder zu einer verlässlichen Arzneimittelversorgung in Europa kommen können. „Diese müsse angesichts der gegenwärtigen geopolitischen Verwerfungen, knappen Rohstoffe, fragilen Lieferketten und daraus resultierenden Engpässe und immer neuen bürokratischen Anforderungen auch langfristig gewährleistet werden“, leitete Julia Rumsch die Diskussion ein. Die Unternehmen begrüßen vollumfänglich die Zielsetzung und verschiedenen Anreizsysteme und Erleichterungen in den Gesetzesentwürfen, die darauf abzielen, die Verfügbarkeit von Arzneimitteln in der EU zu forcieren.

Gleichzeitig äußerten sie jedoch ihre Besorgnis über die geplante starke Ausweitung der Verpflichtungen zur Berichterstattung und Transparenz im Bereich der Lieferengpässe, die für alle Arzneimittelgruppen gelten sollen, wo doch parallel die Bundesregierung noch in 2023 einen Gesetzesentwurf zur Entbürokratisierung veröffentlichen will. „Insbesondere fehlen Anreize, um die noch in der EU hergestellten generischen und kleineren Nischen-Arzneimittel

ohne Patentschutz abzusichern. Stattdessen sind weitere Berichtspflichten vorgesehen, was die Herstellung dieser Arzneimittel in der EU noch weiter erschweren könnte“, so Marianne Boskamp. „Die derzeitige Flut an EU- und nationalen Gesetzgebungsverfahren droht die pharmazeutischen Mittelständler zu überfordern“, betont Henrik Hesse. Neben diversen Gesetzesinitiativen zum Green Deal, dem EU-Lieferkettengesetz, sehen sie sich mit weiteren Gesetzesinitiativen, wie beispielsweise dem Hinweisgeberschutzgesetz, mit sehr viel administrativem Aufwand in Zeiten von Fachkräftemangel konfrontiert.

„Natürlich ist für uns Unternehmen der Umweltschutz und die Nachhaltigkeit wichtig – gleichwohl darf es aber nicht dazu führen, dass wir bestimmte Arzneimittel gar nicht mehr in Deutschland und der EU herstellen können oder zur Abwanderung oder Aufgabe der Produktion gezwungen werden. Beispielsweise sollen PFAS (Polymere per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) auch im Arzneimittelbereich verboten werden, ohne dass wir aktuell Alternativen haben. Insbesondere viele Krebsmedikamente sind ohne PFAS nicht machbar“, ergänzt Heiner Will.

Die Unternehmen appellieren an eine Neuausrichtung der geplanten EU-Gesetzgebung, diese stärker auf Pragmatismus und Zielerreichung auszurichten und dies auch nach Implementierung zu überprüfen. Sie betonen die Notwendigkeit, Arzneimittelgruppen entsprechend ihrer Kritikalität zu behandeln. „Das aktuelle Pharmapaket mitsamt der Flut der anderen Gesetzesinitiativen ist zu umfangreich und arbeitsintensiv. Dies wird zu weiteren Einstellungen von Arzneimittelproduktionen in der EU führen, insbesondere von solchen, die derzeit gerade noch kostendeckend in der EU produziert werden können. Wir wünschen uns, dass die Gesetzgebung das eigentliche Ziel nicht konterkariert“, unterstreicht Dr. Henning Ueck.

Niclas Herbst begrüßte den konstruktiven Austausch und das Engagement der mittelständischen Unternehmer. „Die EU bürdet den Betrieben derzeit zu viel auf. Die Initiativen der Kommission müssen besser koordiniert, Bürokratie abgebaut und den Unternehmen geholfen werden, solide zu wirtschaften, anstatt sich in der Erfüllung von EU-Auflagen zu verlieren. Das gilt für Unternehmen, die einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten, besonders“, sagt Niclas Herbst.